

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
seite 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 131.

31. Jahrgang.

Dienstag, den 4. November

1884.

Donnerstag, den 6. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr

sollen im Amtsgerichtsgebäude hier 1 Kleidersecretair, 1 Glaschrank, 1 Tisch, 1 Kommode öffentlich gegen Baarzahlung versteigert werden.
Eibenstock, am 3. November 1884.

Schönherr, Gerichtsvollzieher.

Erlaß.

Nachdem das Königliche Ministerium des Innern die Lieferung der auf

Staatskosten zu beschaffenden Standedregister und sonstigen Formulare für standesamtliche Angelegenheiten für das Jahr 1885 wiederum der Heinrichschen Buchdruckerei zu Dresden übertragen hat, so werden die Herren Standedbeamten des amtschauptmannschaftlichen Verwaltungsbezirks veranlaßt, ihren Bedarf an Registern und Formularen binnen 8 Tagen und spätestens bis

zum 10. November d. Js.

anher anzuzeigen.

Schwarzenberg, am 30. October 1884.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Führ. v. Wirting.

E.

Der neue Reichstag.

Von den 397 Wahlkreisen, in welche die Wähler des deutschen Reiches vertheilt sind, sind nur noch etwa 25 mit der genaueren Bekanntgabe ihrer Resultate im Rückstande. Die rückständigen Kreise gehören, wie vorweg bemerkt werden mag, größtentheils dem alten Bestände der Zentrumsparthei und der Konservativen und dürften auch diesmal eine Majorität in diesem Sinne haben.

Von den 372 Kreisen, aus denen abschließende Meldungen vorliegen, haben nur 276 eine definitive Wahl vollzogen. In den übrigen 96 Wahlkreisen müssen noch Stichwahlen stattfinden; nach den Wahlen am 27. October 1881 wurden, wie vergleichsweise bemerkt werden mag, 99 Stichwahlen nothwendig.

Die stärkste Partei ist bisher die des Zentrums und wird es auch bleiben; bereits im ersten Wahlgange sind ihr 87 Mandate zugefallen und in 21 Kreisen hat sie ihre Kandidaten in die Stichwahl gebracht. Bei letzteren stehen ihr 6 Deutschfreisinnige, 8 Nationalliberale, 2 Konservative, 2 Freikonservative und 3 Sozialdemokraten gegenüber. Die hannoversch-welfische Partei, deren Mitglieder fast in allen Fragen mit dem Centrum zusammengehen, hat im ersten Ansturm nur drei Kreise zu erringen vermocht, in 7 weiteren muß sie mit den Gegenkandidaten in der Stichwahl ringen. Auch die Polen gehen mit dem Centrum meist Hand in Hand; dieselben haben bisher 15 Siege, stehen aber in 2 Kreisen noch mit Deutschfreisinnigen, in 4 mit Konservativen zur engeren Wahl.

Die zweitstärkste Partei ist die der Konservativen. Im vorigen Reichstage hatte dieselbe 50 Mandate; jetzt haben sie bereits 57 und stehen zu dem noch in 29 Wahlkreisen zur engeren Wahl. Dabei stehen ihnen 21 Mal deutschfreisinnige Kandidaten gegenüber, 4 Mal Polen, 2 Mal die Ultramontanen und 2 Mal die Sozialdemokraten.

Die ihnen nahestehende freikonservative (deutsche Reichs-) Partei hat Verluste zu verzeichnen und darf auch kaum hoffen, dieselben noch in der Stichwahl einzuholen. Im letzten Reichstage verfügte die Partei über 27 Siege; diesmal hat sie sich nur 21 erobert und steht nur noch in 6 Kreisen zur Stichwahl; — ihr stehen dabei 3 deutschfreisinnige und 3 Zentrums-Kandidaten gegenüber.

Zwar kann die nationalliberale Partei mit ihren Wahlerfolgen zufrieden sein; inbessenen hat sie nicht den Zuwachs erfahren, den sie sich nach dem Heibergersberger Programm versprechen zu dürfen glaubte, noch viel weniger hat sie sich zu ihrer früheren Größe (sie zählte s. B. über 150 Mitglieder) emporzuschwingen vermocht. Im vorigen Reichstage zählte sie 45 Mitglieder. Bei den Wahlen hat sie es einstweilen nur auf 40 Mandate gebracht, doch kommen nicht weniger als 55 ihrer Kandidaten in die Stichwahl. Ihre Mitbewerber sind dabei 25 Deutschfreisinnige, 9 Sozialdemokraten, 8 Zentrumsmitglieder, 5 Welfen, 4 Konservative und 4 süddeutsche Demokraten.

Die letztgenannte, die sogen. Volkspartei hat vorläufig nur die beiden Kandidaten Payer und Maier durchgesetzt, steht aber noch in 6 Kreisen bei der Stichwahl 4 Nationalliberalen, 1 Deutschfreisinnigen und 1 Sozialdemokraten gegenüber (letzterem in Frankfurt a. M., woselbst es Sonnemann nur zur Stichwahl bringen konnte).

Die Sozialdemokraten, welche bei der Wahl vor drei Jahren im ersten Wahlgange nicht einen

einigen ihrer Kandidaten durchzusetzen vermochten siegen diesmal sogleich in 9 Kreisen. Dazu kommen sie noch in 24 Wahlkreisen zur Stichwahl, wo ihnen mehrere Siege von vornherein gewiß sind (Berlin, Nürnberg, Altona u.). In 9 Fällen haben sie sich mit den Deutschfreisinnigen, in 3 mit dem Centrum, in 2 mit den Konservativen, in 1 mit den Welfen und in 1 (Frankfurt) mit den Demokraten zu messen.

Die Deutschfreisinnigen zählten nach der Verschmelzung des Fortschritts mit der liberalen Vereinigung im letzten Reichstage 98 Siege. Die Hoffnung dieser Partei war darauf gerichtet, durch den Wahlkampf eine liberale Mehrheitsparthei im Reichstage zu errichten. In nicht weniger als 197 Wahlkreisen hatten sie wirkliche und außerdem noch in 53 Kreisen Jährlkandidaten aufgestellt. Die Zeitströmung hat sich ihnen nicht als günstig erwiesen. Im ersten Wahlgange haben sie nur 31 Mandate zu erringen vermocht, stehen allerding noch in nicht weniger als 63 Kreisen zur Stichwahl, in der sie gegen die Vertreter aller Parteien zu kämpfen haben: Gegen 21 Konservative, 25 Nationalliberale, 8 Sozialdemokraten, 2 Polen, 6 Ultramontanen und 1 süddeutschen Demokraten.

Die elfässische Wahlen sind in ihrer Tendenz unverändert geblieben, während die Dänen einen ihrer beiden Wahlkreise verloren.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Regierung wird sich dem Vernehmen nach mit Anberaumung der Stichwahlen für den Reichstag beeilen, da es in der Absicht liegt, den Reichstag so zeitig einzuberufen, daß mindestens die Durchbringung des Etats in der Zeit bis zum Eintritt der Weihnachtsferien beendet werden kann. Für Berlin sind die Stichwahlen auf den 13. d. anberaumt worden.

— Das Handelsministerium hat, wie wir aus dem „Pos. Tagebl.“ ersehen, unter dem 22. October den Regierungen nachstehenden Erlaß zugehen lassen: „Bei Ausführung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883, sind Zweifel darüber entstanden, ob in dem namentlich bei Bauhandwerkern häufig vorkommenden Falle, daß Gesellen für einen Meister außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung Arbeiten verrichten, für dieselben die Gemeinde-Krankenversicherung derjenigen Gemeinde, in welcher die gewerbliche Niederlassung des Meisters sich befindet, oder derjenigen Gemeinde, in deren Bezirk jeweilig die Arbeit ausgeführt wird (der Arbeitsstätte), einzutreten habe. Wenngleich anzuerkennen ist, daß sich für jede dieser Alternativen gewichtige Gründe beibringen lassen, so scheint es doch der Natur des Verhältnisses und den in Betracht kommenden praktischen Rücksichten am meisten zu entsprechen, wenn von der Auffassung ausgegangen wird, daß die in Frage stehenden Arbeiten sich als Ausflüsse desjenigen Betriebes darstellen, welcher in der Gemeinde der gewerblichen Niederlassung des Arbeitgebers seinen Sitz hat, und daß demnach die mit solchen Arbeiten beschäftigten Arbeiter als in dieser Gemeinde beschäftigt angesehen werden. So weit es sich um die Handhabung des Gesetzes im Verwaltungswege handelt, wird mithin für das Versicherungsverhältnis solcher Arbeiter, welche von einem Gewerbetreibenden zeitweilig außerhalb des Ortes seiner gewerblichen Niederlassung beschäftigt

werden, dieser letztere und nicht die jeweilige Arbeitsstätte als maßgebend anzunehmen sein. Die Regierungen werden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß eintretenden Falls diese Auffassung seitens der Verwaltungsbehörden ihren Entscheidungen zu Grunde gelegt werde.“

— Während der offizielle „Anhaltische Staatsanzeiger“ zu melden weiß, die Reichsregierung hätte in Uebereinstimmung mit dem Braunschweiger Regentensrath beschlossen, daß letzterer bald zurücktreten, Braunschweig als selbstständiges Herzogthum erhalten bleibe und Prinz Wilhelm von Preußen als Regent an die Spitze des Landes treten solle, kommt aus London die Meldung, der Herzog von Cambridge sei von Berlin aus verständigt worden, daß man seine Erbansprüche an Braunschweig anzuerkennen bereit sei.

— Während der letzten Manöverzeit und bei den sogen. Cavallerieübungsreisen sind bei verschiedenen Regimentern der deutschen Armee Versuche gemacht, welche auf anderweite Bekleidung der Cavalleriepferde abzielen. Dieselben sind, wie die „Wef. Ztg.“ hört, so befriedigend ausgefallen, daß die feste Annahme der neuen Formen und die Durchführung bei der gesammten deutschen Cavallerie in sicherer Aussicht steht und voraussichtlich schon im nächsten Jahre in erheblichem Umfange mit der Reform wird vorgegangen werden, welche von einschneidender Bedeutung sein und unserer Cavallerie eine wesentlich leichtere Beweglichkeit sichern wird. Darnach werden die schweren Sättel durch leichtere ersetzt, die schweren und unnützen Schabracken fallen weg, der Paradehals wird durch einen einfachen Lederriemen zum Anbinden der Pferde im Divoual ersetzt, die Trense fällt weg, die Candare wird einfacher. Der Carabiner, welcher bekanntlich in einem Schuß an der Seite des Pferdes steckt und Reiter und Thier eben so belästigt, wie der lose umgeschaltete Säbel, soll demnach auf dem Rücken der Mannschaften getragen werden, und zwar ist es gelungen, eine Befestigung mittelst zweier Riemen in der Art wie Tornisterriemen herzustellen, welche den Carabiner so an seiner Stelle festhalten, daß er nicht schlagen kann und den Reiter auch bei dem heftigsten Galopp nicht belästigt, daß er aber doch mit einem Griff gelöst und weit rascher als jetzt zur Hand genommen werden kann. Dagegen soll der Säbel, welchen der Cavallerist ja nur brauchen kann, so lange er zu Pferde sitzt, vorn an der rechten Seite des Pferdes in praktischer Weise befestigt werden und beim Absteigen der Reiter auf dem Pferde verbleiben. Die abgesehenen Cavalleristen, welche dann nur noch mit dem Carabiner bewaffnet sind, welcher übrigens bis zu 1300 Meter schießt, also eine nicht zu unterschätzende Waffe ist, bilden dann eine leicht bewegliche, durch die Schleppsäbel nicht mehr wie bisher beim Laufen u. behinderte Fußtruppe. Das Pugzeug wird auf je 4—5 Mann vertheilt, die schweren und harten Reservestiefel werden durch bequeme leinene Schuhe ersetzt, die Zahl des eisernen Bestandes an Reservepatronen, an Hufeisen u. wird verringert. Die Reservedrillhose fällt weg.

— Vor dem Landgericht München wurde am Sonnabend über ein halbes Duzend Polytechniker und Kunstschüler verhandelt, welche unter Direction des Bicesfeldwebels der Reserve und Offiziersaspiranten Payer eine ganze Reihe von Einbrüchen, gewaltsamen Entwendungen und Diebstählen verübt hatten. Payer erhielt unter Einrechnung von 8 Monaten wegen Meuterei 2 Jahre Gefängniß, die übrigen 9 Monate